Berichtsvorlage
Ref.V/012/2026

Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Kommission für Integration	15.10.2026	öffentlich	Bericht

Betreff:
Sachstand Beratungs- und Integrationsrichtlinie IV (2027 - 2029) - mündlicher Bericht

Bericht:

Mit der Beratungs- und Integrationsrichtlinie (BIR) fördert das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration (StMI) seit 2018 Maßnahmen zur Förderung der Integration von dauerhaft bleibeberechtigten Menschen mit Migrationsgeschichte und zur Unterstützung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern.

Die BIR enthält mehrere Fördermöglichkeiten:
• Flüchtlings- und Integrationsberatung (FIB): u.a. für die soziale Beratung und Betreuung von Geflüchteten in Unterbringung
• Hauptamtliche Integrationslotsinnen und Integrationslosten: Ehrenamtsmanagement im Bereich Asyl und Integration
• Besondere Maßnahmen: Maßnahmen zur Stärkung des Integrationsprozesses

Die BIR beinhaltet die Möglichkeit einer koordinierenden Funktion der Kommune, welche durch das Referat für Jugend, Familie, Senioren und Soziales wahrgenommen wird.

Die aktuelle Förderrichtlinie (BIR III) mit Beginn 01.01.2024 tritt am 31.12.2026 außer Kraft und wird ab dem 01.01.2027 für drei weitere Haushaltsjahre (2027 – 2029) in einer weiterentwickelten Fassung verlängert (BIR IV). Die BIR IV liegt derzeit in einer Entwurfsfassung vor. Es wird mit einer Veröffentlichung im September gerechnet.

Vor dem Hintergrund der Haushaltskonsolidierung seitens des Freistaats Bayern sind laut StMI auch Einsparungen im Integrationsbereich erforderlich. Dies bedeutet für die BIR IV Kürzungen bei der Anzahl der förderfähigen FIB-Stellen, bei der Förderung für die Integrationslotsinnen und -lotsen sowie bei der Förderung der besonderen Maßnahmen.

Dies geht mit Auswirkungen auf die Antragsstellenden (Träger der freien Wohlfahrtspflege sowie die Stadt Nürnberg) sowie auf die Ausgestaltung der Beratungsstruktur in Nürnberg und auf die Förderung von Integrationsprozessen von Menschen mit Zuwanderungs- und Fluchtgeschichte einher.

Aufgrund der derzeit bestehenden Unklarheiten infolge der noch nicht veröffentlichten Förderrichtlinie erfolgt ein mündlicher Sachstandsbericht. Dabei sollen die wesentlichen Neuerungen der Förderrichtlinie sowie die daraus resultierenden Auswirkungen dargestellt werden.

Bezug zum Orientierungsrahmen für die Jugend-, Familien-, Senior*innen-, Bildungs- und Sozialpolitik in Nürnberg:
Leitlinie 1: Gesellschaftliche Vielfalt gemeinsam leben
Leitlinie 5: Beschäftigung ermöglichen
Leitlinie 6: Perspektiven nach Flucht und Neuzuwanderung eröffnen
Leitlinie 7: Armut bekämpfen, Teilhabe verwirklichen
Leitlinie 9: Stadtentwicklung, Wohnen und Nachbarschaft sozial gestalten
Leitlinie 10: Bürgerschaftliches Engagement aktivieren und würdigen

1. Finanzielle Auswirkungen:

☐ Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ *weiter bei 2.*)

☐ Nein (→ *weiter bei 2.*)

☒ Ja

☒ Kosten noch nicht bekannt

☐ Kosten bekannt

Gesamtkosten	€	**Folgekosten**	€ pro Jahr
		☐ dauerhaft ☐ nur für einen begrenzten Zeitraum	
davon investiv	€	davon Sachkosten	€ pro Jahr
davon konsumtiv	€	davon Personalkosten	€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?
(mit Ref. II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. II / Stk in Kenntnis gesetzt)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:
Die Haushaltsanmeldungen 2027 sind bei Stk bekannt.

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

☐ Nein (→ *weiter bei 3.*)

☒ Ja

☐ Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

☐ Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

☒ Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

☐ Nein

☒ Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Die dargestellten Maßnahmen für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, insbesondere geflüchtete Personen, sichern die Versorgung und Integration der betreffenden Personengruppe.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

☐ **RA und DiP** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

☐

☐

☐